



Protokoll der Beratung vom 4. November 2004

Anwesenheit:

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Herr Dr. Schemel PDS	Frau Richter PDS	Herr Weiße AL 40
2.	Herr Picl PDS	Frau Sidon CDU/DSU	Herr Warchold AL 41
3.	Herr Strese CDU/DSU	Frau Breitschuh-Wiehe B90/Grüne	Herr Eichhorst AL 23
4.	Herr Dr. Bialas CDU/DSU	Frau Theurich FLC	Frau Dr. Münch MdL
5.	Frau Schneider SPD	Frau Leonhardt AUB	Frau Fritz SL HG
6.	Herr Neubert SPD	Frau Sulk KSB	Frau Schießke SL Real Kahren
7.	Herr Schulz AUB		Herr Bursian Schulrat
8.	Herr Dr. Fischer B90/Grüne		Herr Lange PR
9.	Frau Teich FLC		Herr Bretschneider SL 2. Real
10.			Herr Dr. Rösiger SL MSG
11.			Herr Wegener SL LLG
12.			Herr Haufe SL Real Sielow

TOP 0. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Das Protokoll wird bezüglich der Anwesenheit der sachkundigen Bürger Frau Breitschuh-Wiehe und Herrn **Abst.:** Printschitsch ergänzt. Herr Dr. Fischer bittet im TOP 3 um Ergänzung des Satzes: „Die Fraktion B90/Grüne **8:0:1** stimmt dem Vorschlag des Amtes 40 zu.“

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Beratungsthemen:

1. Vorlage III-024/04 Auflösung der Lutki-Grundschule
2. Vorlage III-025/04 Auflösung der 1. Realschule
3. Vorlage III-026/04 Auflösung der Gesamtschule Groß Gaglow
4. Vorlage III-030/04 Auflösung der 4. allgemeinen Förderschule
5. Vorlage III-035/04 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung – Nichtaufnahme von 7. Klassen in den Realschulen Sielow und Kahren
6. Diskussion und Empfehlung zu Gymnasien
7. Vorlage III-031/04 Alternative Finanzierung des Schulstandortes der Sandower Realschule
8. Vorlage III-032/04 Sanierung und Nutzung der Turnhalle in der Lutherstraße
9. Vorlage IV-068/04 FM-optimierte Bewirtschaftung des städtischen Grundbesitzes
10. Information Schulsozialarbeit
11. Sonstiges

TOP 1-4

Die Vorlagen werden zusammen vorgestellt, die Abstimmung erfolgt einzeln.

Herr **Weiß** informiert, dass bis auf die 4. Förderschule an allen anderen Schulen bereits keine Schüler mehr aufgenommen wurden und die Schließung folgerichtig ist.

Die Vorlage zur Schließung der 4. Förderschule folgt der Empfehlung des Ausschusses. Die Schulkonferenzen sowie der Ortsbeirat Groß Gaglow sind angehört worden, Frau **Sulk** (Kreisschulbeirat) weist auf die schriftliche Stellungnahme des Gremiums hin.

Abst.: *Der Vorlage III-024/04 wird einstimmig zugestimmt.*
9:0:0

Abst.: *Der Vorlage III-025/04 wird einstimmig zugestimmt.*
9:0:0

Abst.: *Der Vorlage III-026/04 wird einstimmig zugestimmt.*
9:0:0

Abst.: *Der Vorlage III-030/004 wird mehrheitlich zugestimmt.*
2:1:6

TOP 5+6

Im Zusammenhang mit den Schulstandorten in Sielow und Kahren wurde durch Herrn **Weiß** ein Vergleich hinsichtlich der Einwohnerzahlen, insbesondere mit den Stadtteilen Schmellwitz, Sachsendorf und Sandow gezogen.

Bezug nehmend auf den öffentlichen CDU-Vorschlag zur Rücknahme der Beschlüsse zur Sachsendorfer Gesamtschule informiert Herr **Weiß**, dass in seinem Vortrag diese Variante nicht weiter verfolgt wird. Sollte dies durch den Ausschuss ausdrücklich gewünscht werden, wäre der Vortrag an dieser Stelle beendet.

Auf Nachfrage von Frau **Schneider** an die Ausschussmitglieder wurden diesbezüglich keine Anträge gestellt.

Grundlage für alle weiteren Überlegungen sind die Schülerzahlenentwicklung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II. Die Geburtenzahlen bleiben mittelfristig auf niedrigem Niveau, entsprechend ist das Grundschulennetz ausgerichtet. Jetzt gelte es, das Schulnetz für die Sekundarstufe I und II anzupassen. Aus der Prognose wird deutlich, dass die Schülerzahlen künftig nicht in Größenordnungen ansteigen werden. Gleichzeitig sind bei den Überlegungen die bevorstehenden Gesetzesänderungen zu beachten. Dabei geht es um die Umwandlung von Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe und Realschulen zu „Oberschulen“ per Gesetz zum 1.8.2005. Das Schulnetz in Brandenburg besteht bei den allgemein bildenden weiterführenden Schulen dann nur noch aus Oberschulen und Gymnasien.

Im weiteren Verlauf erläutert Herr **Weiß** die aus Gesprächen und öffentlichen Diskussionen – hier vor allem der öffentlich gemachte Vorschlag der SPD – hervorgegangenen Ausgangsüberlegungen:

- Schließung der Realschule Kahren
- Schließung der Realschule Sielow – Entwicklung einer Oberschule in Schmellwitz
- Eigenständigkeit des Steenbeck-Gymnasiums bleibt, aber Umzug an anderen Standort
- Einbeziehung des Humboldt-Gymnasiums in die Überlegungen
- maximale Fördermöglichkeiten aus dem Ganztagsprogramm erreichen

Im Einzelnen werden dann folgende Lösungsvorschläge entwickelt:

- Das im SEP verfolgte Nord-Mitte-Süd-Modell ist durch die Schließung der Schmellwitzer Gesamtschule gestört. Die erneute Errichtung einer weiterführenden Schule im Stadtteil ist vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl verständlich.
Vorschlag: Zusammenführung der Realschule Sielow und der Sandower Realschule zur Schmellwitzer Oberschule. Dabei ist die Weiterführung der Sandower Realschule als bestätigte Ganztagschule (und den sich daraus ergebenden Fördermöglichkeiten) zu favorisieren. Als mögliche Standorte kämen die Gebäude der 3.GeS/9.GrS oder des Humboldt-Gymnasiums in Frage. Die erfolgte Sanierung des Gebäudes Humboldt-Gymnasium ist unmittelbar an die Profilierung des Gymnasiums zur Europaschule und den damit verbundenen Kontakten nach Polen geknüpft. Eine Herauslösung der Schule aus dem

Gebäude hat nach dem Wortlaut des Zuwendungsbescheides eine Rückzahlung der Interreg III-A-Fördermittel in Höhe von 512,5 T€ zur Folge. Neben dem finanziellen Schaden sollte bei dieser Variante auch der Image-Schaden der Stadt beachtet werden, insbesondere vor dem Hintergrund der Förderung für das Stadion der Freundschaft.

Die Errichtung der „Schmellwitzer Oberschule“ am Standort G.-Schwela-Straße (3. GeS/9.GrS) könnte schon zum Schuljahr 2005/06 erfolgen.

- Zusammenführung des Humboldt- und Leichhardt-Gymnasiums in Ströbitz am Standort Leichhardt-Gymnasium. Eine Fusion beider Gymnasien könnte erst 2009/10 erfolgen. Dieser Zeitpunkt liegt aber noch im Rahmen der Bindefrist von 15 Jahren für den Standort Humboldt-Gymnasium, so dass sich hier die gleiche Problemlage bezüglich der Fördermittel ergibt. Ein erster Schritt könnte die Festlegung der Aufnahmekapazität für das Schuljahr 2005/06 sein.
- Umzug des Steenbeck-Gymnasiums an den frei werdenden Standort des Pückler-Gymnasiums in der Gartenstraße. Diese Variante könnte 2009/10 zum Tragen kommen. Jedoch stehen zu diesem Zeitpunkt keine Fördermittel oder eigene Haushaltsmittel für die notwendigen Sanierungsarbeiten bereit. Deshalb ist dieser Weg nicht zu empfehlen.
- Umzug des Steenbeck-Gymnasiums an den Standort Leichhardt-Gymnasium mit Schließung Leichhardt-Gymnasium. Tatsächlich wirksam kann diese Variante erst 2009/10 werden. Zum kommenden Schuljahr müssten dann die Aufnahmekapazitäten entsprechend festgelegt werden. Aus dieser Variante ergeben sich für das Steenbeck-Gymnasium zwei Konsequenzen: Beschulung/Abitur Körperbehinderter auf Grund der baulichen Voraussetzungen an diesem Standort (Konzept Bauhausschule) und Erlangung des Ganztagsstatus zur Beantragung von Fördermitteln zur Verbesserung der baulichen Situation.

Zusammenfassend ergeben sich daraus folgende Schlussfolgerungen:

1. Humboldt-Gymnasium verbleibt am Standort
2. Errichtung einer Schmellwitzer Oberschule am Standort 3. GeS/9. GrS
3. Schließung der Realschulen Sielow und Kahren
4. künftiger Standort des Steenbeck-Gymnasiums ist der des Leichhardt-Gymnasiums

Frau **Schneider** eröffnet die Diskussion mit einem Begehren auf Herstellung von Nichtöffentlichkeit. Ein entsprechender Antrag wird nicht gestellt.

Es äußern sich zunächst die Schulleiter der betroffenen Schulen:

Herr **Bretschneider**, Sandower (2.) Realschule: Er verweist auf die Symbiose von Schule und Schulhaus und den langen Traditionen. Mit dem Wegzug aus Sandow wäre die im Aufbau befindliche Kooperation mit der 7. Grundschule im Rahmen der Ganztagsbetreuung beendet. Nach seiner Auffassung führten die äußeren und baulichen Umstände an der Schmellwitzer Gesamtschule zu der Nichtanwahl, diese bestünden immer noch. Eine Profilzusammenführung mit der Sielower Realschule erscheint wegen der Verschiedenheit (Umwelt bzw. Naturwissenschaften/Technik) sehr schwierig.

Herr **Haufe**, Realschule Sielow, stimmt den Ausführung hinsichtlich Standort und Profil zu. Die Schule lehnt eine Schließung oder Umzug ab.

Frau **Schießke**, Realschule Kahren, vermutet künftig eine Nichtanwahl der Sachsendorfer Gesamtschule und ein Ausweichen der Schüler bis nach Spremberg oder Forst. Nach ihrer Auffassung ist ein Umzug des Steenbeck-Gymnasiums nach Sachsendorf noch nicht untersucht worden.

Frau **Fritz**, Humboldt-Gymnasium, berichtet über die Entwicklung zur Europaschule, der Einführung von Polnisch als 2. Fremdsprache und über die Kontakte und Projekte mit der Partnerschule in Zielona Gora. Die angestrebte Beschulung polnischer Schüler ist bisher an der finanziellen Unterstützung durch das MBJS gescheitert. Dies hat auf polnischer Seite bereits zu kritischen Reaktionen geführt.

Herr Dr. **Rösiger**, Steenbeck-Gymnasium, begrüßt, dass die Eigenständigkeit der Schule als politisches Ziel formuliert wird. Die Dreizügigkeit und die bestehende Klassenfrequenz sollten auch künftig erhalten bleiben, um die Qualität der Ausbildung zu sichern. Die Standortfrage ist aus heutiger Sicht nicht vordringlich, ein Verbleib für einige Jahre am Standort wäre möglich. Im Übrigen sei die Schule für alle Standorte offen, wolle aber nicht für die Schließung anderer verantwortlich sein. Herr **Krüger**, Elternsprecher, äußert sich unter anderem auch zur angesprochenen Beschulung Behinderter, was von Seiten der Stadtverordneten mit Unmut quittiert wird.

Herr **Wegener**, Leichhardt-Gymnasium, fordert die Beendigung dieser unsachlichen Diskussion und bittet um eine entsprechende Stellungnahme des staatlichen Schulamtes zu dieser Frage. Im Übrigen verweist er auf die Arbeit der letzten 10 Jahre, die in der schriftlichen Stellungnahme ausführlich dargestellt ist. Eine Schließung seiner Schule würde den Verzicht auf ca. 1,7 Mio. € Fördermittel bedeuten.

Herr **Bursian** teilt die Auffassung der Sandower Realschule zum dauerhaften Umzug nach Schmellwitz, es würde den Tod der Schule bedeuten. Er favorisiert den Umzug des Humboldt-Gymnasiums nach Ströbitz und regt diesbezügliche Gespräche mit dem Fördermittelgeber an. In Bezug auf den Vorschlag der Schließung der Sach-

sendorfer Gesamtschule stellt er die Frage nach der Fortführung des Integrationskonzeptes für Sinnesbehinderte. In Sielow oder Kahren ist das nicht möglich.

Frau **Theurich** ist der Auffassung, dass die Fortführung des Witaj-Projektes an der Realschule in Sielow gesichert ist.

Zu der von Frau **Leonhardt** wiederholt aufgeworfenen Frage nach der Abstimmung mit dem Landkreis Spree-Neiße bezüglich der Realschulen erläutert Herr Weiße nochmals, dass der Landkreis als der Ansprechpartner für die Stadt Cottbus nicht Träger von Realschule ist und demzufolge keine Abstimmung erfolgen kann. Grundsätzlich hat sich der Landkreis positiv zu den im Thesenpapier genannten Gedanken geäußert.

Frau **Schneider** unterbricht an dieser Stelle die Diskussion und übergibt das Wort an Frau Dr. **Münch**. Sie beschreibt nochmals die Zentrentheorie für den gegenwärtigen und zukünftigen Stadtum- und Rückbau. Dabei geht es nicht nur um Sielow und Kahren, auch Schmellwitz und Sachsendorf als größte Stadtteile müssen Beachtung finden. Für die Argumente der Schulen äußert sie Verständnis, aber Schule muss auch zu Werten erziehen. Insofern waren einige Diskussionsbeiträge erschreckend. Ebenso wenig lassen sich Stadtteile hinsichtlich ihrer Wertigkeit miteinander vergleichen.

Herr **Lutert** vertritt die Meinung, dass sich Profile so einfach nicht verlagern lassen. Mit dem Hinweis auf die Brückenfunktion der beiden Realschulen in Sielow und Kahren lehnt er deren Schließung ab.

Frau **Schneider** spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen den Erhalt von Sielow und Kahren aus. Eine schulorganisatorisch notwendige Dreizügigkeit lässt sich an diesen Standorten nicht herbeiführen.

Die Position der CDU-Fraktion wird durch Herrn Strese vorgetragen. Die Fraktion bekennt sich zu Kahren und Sielow sowie zum eigenständigen Erhalt eines dreizügigen Steenbeck-Gymnasiums in Zentrumsnähe. Der Vorschlag einer Fusion von Leichhardt- und Humboldt-Gymnasium wird begrüßt.

Eine Entscheidung zu Kahren und Sielow sollte noch heute getroffen werden. Aus schulfachlicher Sicht wird eine zweizügige Oberschule in Cottbus nicht befürwortet. Herr Hirthe hat dazu im letzten Ausschuss ausführlich referiert. Herr **Bursian** empfiehlt, die Kräfte zur Fortführung des Witaj-Projektes in der Sekundarstufe I am Niedersorbischen Gymnasium zu bündeln. Es können nicht alle Schulen weiter betrieben werden. Ab dem 1. August 2005 wird es nur noch Oberschulen und Gymnasien geben.

In Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Strese betont Herr Dr. **Bialas**, dass es aus seiner Sicht um die Gesamtstadt gehen müsse, also alle Standorte in die Diskussion einzubeziehen sind. Aus diesem Grund ist es für ihn unverständlich, die Sachsendorfer Gesamtschule aus der Diskussion heraus zu lassen. Die von Herrn Bursian angedeuteten schulrechtlichen Fragen werden im nächsten Rechtsausschuss beraten.

Herr **Schulz** spricht sich für eine Vertagung der Vorlage aus. Ständig kämen neue Fakten, Argumente und Ansichten, die eine Verständigung in und zwischen den Fraktionen notwendig macht. Er appelliert an die Schulen zu überlegen, wie Profile erhalten und zusammengeführt werden können. Nicht alle Schulen können erhalten werden. Er erwartet Ergebnis orientierte Gespräche der Schulleitungen untereinander.

Dieser Auffassung schließt sich auch Herr Dr. **Schemel** an.

An dieser Stelle beendet Frau **Schneider** die Diskussion. Die Vorschläge der Verwaltung liegen vor. Bei den Überlegungen muss man sich von Begriffen und Inhalten der Real- und Gesamtschule verabschieden und in der Kategorie „Oberschule“ mit der Funktion einer Grundversorgung denken. In diesem Sinne ist auch das Nord-Mitte-Süd-Modell zu verstehen. Die SPD-Fraktion schlägt die Bildung eines niedersorbischen Schulzentrums vor. Hierzu sollten sich das Niedersorbische Gymnasium und die Realschule Sielow näher verständigen.

Herr Dr. **Schmidt** stellt den Antrag, die Beschlussfassung zur Vorlage III-035/04 auf den Dezember zu verschieben. Herr Dr. **Fischer** unterstützt diesen Antrag mit der Maßgabe, dann eine Entscheidung herbeizuführen.

Abst.: *Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.*

7:2:0

TOP 7

(2 Ausschussmitglieder haben zwischenzeitlich die Beratung verlassen.)

Eine schulische Nutzung für das Gebäude wird es auch einem eventuellen endgültigen Auszug der Realschule geben (Variante Schmellwitzer Oberschule). Das Gebäude wird dann für die benachbarte 7. Grundschule genutzt, zusätzlich wäre dann der sofortige Freizug der 8. Grundschule möglich. Der Beschluss zu dieser Vorlage ist die Grundlage für die weiteren Planungsschritte bis Leistungsphase 3.

Herr **Strese** will erst die Klarheit über die künftige Schulform. Herr Dr. **Fischer** schließt sich dieser Meinung an und beantragt die Vertagung der Beschlussfassung in den Dezember.

Abst.: *Dem Antrag auf Vertagung wird mehrheitlich zugestimmt.*

5:0:2

TOP 8

Die Vorlage ist im Rahmen der Aktivitäten zum Projekt ZIS 2000 mit dem Dezernat IV abgestimmt. Eine Förderung der Sanierung der Halle ist möglich, weil kein Schulsport (Pflichtaufgabe) darin mehr stattfindet. Durch die dann geringen Betriebskosten und dem guten Auslastungsgrad wird es dem Verein finanziell möglich, die Trägerschaft zu übernehmen. Allerdings ist noch ein städtischer Zuschuss in Höhe von 4 T€ pro nötig. Dazu ist ein Beschluss der StVV notwendig.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Abst.:

8:0:0

TOP 9

Herr **Eichhorst** stellt die Vorlage zur FM-optimierten Bewirtschaftung des städtischen Grundbesitzes vor. Die durchgeführte Untersuchung beruht auf einem Stadtverordneten-Beschluss aus dem Jahr 2002. Die Ergebnisse zur Fusion von Aufgaben und Ämtern werden mittels Folien erläutert:

- Erläuterung der Untersuchungsschritte – Erhebungsjahr 2003
- Bestandsaufnahme/Aufgabenzuständigkeit
- Immobilientypen im Eigentum/Verfügungsbefugnis der Stadt und fremder Dritter
- Personalbestand
- Aufwand der Ämter zur Bewirtschaftung der Immobilien im Jahr 2003
- Organisationsstruktur und Aufgaben der Abteilungen
- Strukturvorschlag zentrale Immobilienverwaltung, Soll-optimierter Endstand
- Ergebnisse
- Absenkung der Personalkosten nach Jahresscheiben
- Ablaufplan/Maßnahmedarstellung zur Umsetzung der Projektergebnisse.

Auf Anfrage von Herrn **Neubert** zum künftigen Einsatz von Hausmeistern und Hallenwarten erläutert Herr Eichhorst, dass es an der Funktionalität keine Veränderungen geben wird. Es soll nur der optimale Einsatz der Hausmeister überprüft werden. Ein Anforderungsprofil für die Hausmeister wird entwickelt. Die Hausmeister werden auch künftig an der Schule verbleiben und als Objektverantwortliche dem Amt 23 unterstellt. Die aktuell vorliegenden Stellenbeschreibungen sind zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die neue Struktur soll kürzere Entscheidungswege und schnelles Reagieren sichern.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Abst.:

8:0:0

TOP 10

Der Bericht zur Sozialarbeit wurde am Dienstag im Jugendhilfeausschuss nicht abschließend beraten. Zunächst wird die Diskussion im Unterausschuss geführt, danach ist der Bericht erneut vorzulegen. Die Fragen der Trägerschaft als auch die Tätigkeit der Schulsozialarbeiter sind nicht abschließend geregelt.

TOP 11

Herr Dr. **Fischer** hat Fragen zum Partnerschaftsvertrag mit Zielona Gora. Das Stadion der Freundschaft ist darin nicht enthalten.

Herr **Weiß** und Herr **Warchold** informieren, dass es ein gesondertes Dokument zur Bespielung des Stadions zwischen Cottbus und Zielona Gora gibt. Die Arbeitsgruppe wird von Frau Giesecke geleitet.

f.d.R. Rädisch/Bischoff